

Deutschland braucht eine andere Politik!

Seit sieben Jahren leisten der ZdE eine Aufklärungsarbeit über die "Deutsche Islamkonferenz" (DIK) und die falsche Politik der deutschen Regierung gegenüber den islamischen Verbänden und deren Aktivitäten. Auch 2014 fordert der Zentralrat der Ex-Muslime dazu auf, die Deutsche Islamkonferenz unverzüglich aufzulösen. An staatlichen Schulen darf es gar kein Kopftuch geben, weder bei Lehrerinnen noch bei Schülerinnen. Kein bekennender Religionsunterricht an öffentlichen Schulen. Es muss eine strikte Trennung zwischen Staat und Kirchen bzw. Staat und Religionsverbänden eingehalten werden. Medien müssen ihrer Kontroll- und Informationspflicht wieder gerecht werden, Religionskritik – also auch Islamkritik oder Kritik am jüdischen und christlichen Religionsgesetz – gehört zum Recht jedes Bürgers auf freie Meinungsäußerung. Die gegenwärtige Strategie der Bundesrepublik, Integration mit Moscheebau und bekennendem islamischen Religionsunterricht erreichen zu wollen, ist ein bitterer Witz.

Hier gilt das einheitliche und jeden Menschen gleich behandelnde Grundgesetz, eine ethnisch-religiöse Abschottung bzw. Sondergesetze sind verfassungswidrig. Weil sie an Koran und Scharia (Islamisches Recht) festhalten, sind alle bestehenden islamischen Organisationen völlig ungeeignet, junge Menschen zu integrieren, vielmehr werden sie auch dort islamisch radikalisiert und gegen den säkularen Staat aufgehetzt. Dadurch gelingt es internationalen Werbern, sogar Minderjährige für den Dschihad zu begeistern.

Nun ist es leider so weit gekommen, dass der NRW-Innenminister sogar über die "deutschen" Isis-Terroristen aus Irak warnen muss. Herr De Maizière gibt zu, dass die Sicherheitsbehörden den Überblick über die radikalen, potentiellen Täter, welche aus Irak und Syrien nach Deutschland zurückkehren, verloren zu haben. Ja, Herr De Maizière, wir haben die deutsche Regierung aber schon vor vielen Jahren davor gewarnt. Jetzt ernten Sie und Herr Schäuble das Ergebnis der DIK-Politik und der Verharmlosung der Islam-Verbände in Deutschland. Die Ignoranz und die falsche Toleranz der deutschen Regierung gegenüber den radikalen islamischen Organisationen und Verbänden und deren Verbreitung in Deutschland hat dazu geführt.

Die Menschen in Iran, Syrien und Irak kämpfen seit Jahren gegen islamische Machthaber, aber ausgerechnet in Deutschland wird öffentlich "Tod den Juden" in Anwesenheit der Polizei gerufen. Wie können wir zulassen, dass 2014 in Europa und auch hier in Deutschland die Sympathisanten der Hamas ungehindert zum Mord an Juden aufrufen? In mehreren europäischen Städten sind im Juli 2014 Juden körperlich angegriffen worden. Deshalb muss die deutsche Appeasement-Politik gegenüber islamisch beherrschten Staaten dort und den islamischen Organisationen hier ein Ende haben. In dieser Zeit ist es aber wichtig, dass die deutsche Regierung die enorme Herausforderung annimmt und die Gesellschaft gegen die Verfechter der Appeasement-Politik und gegen die Lobby des Islamischen Rechts verteidigt.

Der ZdE fordert deshalb:

- Auflösung der Deutschen Islamkonferenz
- Aberkennung der Islamverbände als Vertreter für drei Millionen Menschen in Deutschland
- Beobachtung aller schariakonformen und damit grundgesetzwidrigen Organisationen durch den Verfassungsschutz
- Keine Fördermittel für den Moscheebau aus öffentlicher Hand
- Keine Geschlechterapartheid in deutschen Schulen. Auch im Klassenzimmer und auf dem Schulhof gilt die Werteordnung des Grundgesetzes
- Kein Kopftuch für Lehrerinnen und Schülerinnen
- Verbot von Burka bzw. Niqab im öffentlichen Raum
- Keine islamischen Studiengänge an staatlichen Hochschulen oder Schulen
- Keine öffentlichen, an der Scharia orientierten Kindergärten
- Medien sollen ihrer Kontroll- und Informationspflicht nachkommen. Faktennahe Berichterstattung zu Themen mit Islambezug. Es gibt keine Pressezensur
- Beibehaltung der Gleichberechtigung von Mann und Frau. Kinderrechte ins Grundgesetz
- Unterstützung für Eltern, die ihre Kinder an radikalislamische Milieus verloren haben
- Keine Beschneidung an Mädchen oder Jungen unter achtzehn Jahren.

Der Zentralrat der Ex-Muslime (ZdE) ist der Ansicht, dass Deutschland seine Politik ändern muss, um Glaubenskriege zu vermeiden und die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten. Auch wenn wir Ehrenmorde oder sonstige im Namen der Tradition oder Religion begangene Frauenrechtsverletzungen verhindern wollen und es keine kulturellen Rabatte bei der Strafbemessung geben soll, müssen wir die Richtung ändern und die kulturelle Moderne verteidigen. Morgen ist es zu spät. (ZdE)